

Beschluss Europawahlwerkstatt 2024 vom 20. Februar 2024 AK EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die globalen Herausforderungen der regelbasierten Weltordnung und die damit einhergehenden Veränderungen der internationalen Machtbalance, andauernde Bedrohungen und gewaltsame Konflikte in Europas Nachbarschaft, insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Terrorakt der Hamas gegen Israel, erfordern entschlossenes und gemeinsames europäisches Handeln. Die EU ist bereits eine handels- und klimapolitische Weltmacht, denn gemeinsam setzen wir Europäer globale Standards. Bei der Bewahrung der internationalen Ordnung, der Durchsetzung des Völkerrechts, der Verteidigung des Friedens und beim Schutz von Menschenrechten und Grenzen ist Europa nur dann stark, wenn es mit gutem Beispiel Führung beweist und gemeinsam entschlossen handelt.

Die Mitgliedstaaten zeigen große Einigkeit im Umgang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und handeln im EU-Rahmen umfassend durch Sanktionen, Waffenlieferungen und militärische Ausbildungsmaßnahmen. Das fortgesetzte Zögern und Lavieren von Regierungen, die geringen Mengen an Waffenlieferungen, die fehlende Entschlossenheit bei dem Aufbau der dringend benötigten rüstungsindustriellen Kapazitäten in Europa und in der Ukraine und das Fehlen einer mit der Ukraine abgestimmten Strategie für die vollständige Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes und für die Zeit danach erhöhen das Risiko, dass die Ukraine den Krieg verliert. Das Scheitern der EU-Afrika-Strategie und der Sahelstrategie sollte hier als warnendes Beispiel dienen sehr. Die EU darf trotz des Scheiterns dieser Strategie nicht zulassen, dass an ihrer Südflanke auf dem afrikanischen Kontinent mittel- bis langfristig eine Einflusszone systemischer Konkurrenten entsteht. Als besonders kritisch sehen wir in der Sahelzone das Handeln Russlands und die negativen Entwicklungen in Mali, Niger und Burkina Faso. Die Folgen wären unübersehbar. Deshalb gilt es, unser Engagement in Afrika schnellstmöglich neu aufzustellen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik stehen wir Europäer weiterhin vor der Aufgabe, unsere gemeinsame Weltpolitikfähigkeit herzustellen. Das grundlegend veränderte Umfeld erfordert eine Steigerung unseres Durchsetzungsvermögens, unserer Reaktionsfähigkeit und unserer Agilität. Bislang gelingt es nicht, die hohen Investitionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in auswärtiges Handeln im Umfang von 70,2 Mrd. Euro ausreichend in politische Geltung umzusetzen. Die Mittel der EU und ihrer Mitgliedstaaten dürfen nicht in Länder und Organisationen fließen, die die Ziele der EU nicht teilen oder eingegangene Verpflichtungen missachten.

Wir begrüßen die Einigung auf die Ukrainefazilität, welche bis 2027 weitere 50 Mrd. Euro für die Ukraine und ihren Wiederaufbau zur Verfügung stellt. Damit ist die zivile Komponente der Ukrainehilfe solidarisiert. Es ist nicht akzeptabel, dass der deutsche Beitrag für die militärische Hilfe das 10-fache der militärischen Ausstattungshilfen von Frankreich, Spanien und Italien zusammen beträgt. Wir fordern die europäische Solidarisierung der militärischen Ukrainehilfe, nach dem Modell der Europäischen Friedensfazilität.

Die Mitgliedstaaten der EU geben jedes Jahr 214 Mrd. Euro für Verteidigung aus. Das ist nur ein Viertel der Ausgaben der USA, aber weit mehr als die Verteidigungsausgaben unserer nächsten geopolitischen Konkurrenten. Dennoch sind wir Europäer von einer umfassenden gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit noch weit entfernt. Wir begrüßen die jüngsten Ausgabensteigerungen und fordern eine Beschleunigung und Verstetigung der Ausgaben. Auch innerhalb der EU müssen sich die Mitgliedstaaten aktiv zum 2-Prozent-Ziel für Verteidigungsausgaben bekennen und den EU-Haushalt unterstützend einsetzen. Dies wäre

nur folgerichtig, da die überwiegende Zahl der EU-Mitgliedstaaten auch in der NATO ist und ein verteidigungsfähiges Europa die Allianz wie auch die transatlantische Klammer stärkt.

Ein Viertel des US-Budgets auszugeben, aber nicht annähernd ein Viertel der Kampfkraft dafür zu erhalten, ist Ressourcenverschwendung, die nur über gemeinsame Rüstungsprojekte behoben werden kann. Zur Steigerung der Verteidigungskraft ist die Verringerung der Anzahl parallel entwickelter und beschaffter Hauptkampfsysteme wie Kampfpanzer oder Schiffe unabdingbar. Die Bundesregierung muss sich hinter die deutsche und europäische Rüstungsindustrie stellen und Deutschland wieder zu einem attraktiven Partner für solche Projekte machen, was u.a. bedeutet, den späteren Export nicht zu verhindern.

Wir bedauern, dass die Ampel-Regierung die vertrauensvollen Beziehungen zu unseren engsten europäischen Partnern vernachlässigt hat und Deutschland zunehmend isoliert. Wir sehen es mit Sorge, dass das große Vertrauen in die Kompetenz und Führungsleistung der CDU-geführten Bundesregierungen verspielt wurde. Wir erwarten von der Ampel-Koalition, entschiedener als bislang europäische Interessen zur Grundlage ihrer Entscheidungen zu machen. Sie muss wieder stärker die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Paris suchen und insbesondere in Mittel- und Osteuropa verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Neben eine faire Konsolidierung und umfassende Integration der europäischen und ukrainischen industriellen Basis müssen wieder tatkräftige und innovative Projekte und Vorschläge zur Zusammenführung der nationalen Streitkräfte treten. Beispielgebend ist hier die deutsch-niederländische Kooperation. Die Ampel muss die durch die CDU-Bundesregierung begonnene vertiefte Integration mittels Ständiger Strukturierter Zusammenarbeit (PESCO), Koordinierter Verteidigungsplanung für Europa (CARD) und Europäischem Verteidigungsfonds (EVF) wieder mit Leben füllen und nicht als lästige Pflicht auffassen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine aktive und verstärkte Nutzung neuer Programme zur Förderung der Kooperation der Mitgliedstaaten bei der Beschaffung kritischer Rüstungsgüter (EDIRPA) und für den Aufbau dringend notwendiger Produktionskapazitäten der europäischen Rüstungsindustrie (ASAP) ein. Diese Programme können aber lediglich der Anfang für eine noch ambitioniertere Strategie in diesem wichtigen Feld sein. Wir empfehlen, die Programme über 2025 zu verstetigen und im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen hinreichend auszustatten. Dafür bietet sich besonders das deutsch-französisch-polnische Format des Weimarer Dreiecks an, das vertrauensvoll gestaltet werden muss.

Vorschläge zur Verbesserung der Weltpolitikfähigkeit

In Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern müssen wir die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) erneuern, um so die Weltpolitikfähigkeit der EU zu verbessern. Hierzu gehört in erster Linie, ein schnelles abgestimmtes Handeln der EU-Mitgliedstaaten zu organisieren und angesichts vielfältiger Krisen und Konflikte umzusetzen. Dies und in zweiter Linie die Abstimmung mit gleichgesinnten Demokratien, wie den USA, Großbritannien, Kanada, Australien, Japan oder Taiwan werden der Stärke des Rechts weltweit zum Erfolg verhelfen.

Damit die GASP endlich besser funktioniert, fordern wir, bei außenpolitischen Fragestellungen im Rat zu Mehrheitsentscheidungen überzugehen. Eine erneuerte GASP liefert ein solides Fundament, um die gefährliche Außenpolitik Chinas und Russlands, die auf dem Recht des Stärkeren basiert, in die Schranken zu weisen.

Wir erachten die chinesische Außen- und Handelspolitik als eine große Herausforderung für die regionale Stabilität und die globalen Handelsbeziehungen. Mittelfristig wird das Wachstumsmodell der kommunistischen Regierung Chinas aufgrund der demographischen Entwicklung und der sozialen Verwerfungen an seine Grenzen stoßen. Dies bietet die Möglichkeit, die EU aus der selbstverschuldeten Abhängigkeit von China zu befreien und die wirtschaftliche Interdependenz zu unseren Gunsten zu gestalten. Dies fängt damit an, Europa

als attraktiven Investitions- und Industriestandort zu erhalten und zu erneuern. Die notwendigen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel müssen zugunsten der europäischen Wirtschaft und der europäischen Sicherheit gestaltet und global abgesichert werden.

Im Umgang mit den globalen Herausforderungen setzen wir auf das Zusammenwirken von Diplomatie, Entwicklungspolitik, Klimapolitik und Handel, auf humanitäre Hilfe und auf militärische Maßnahmen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die verschiedenen Einflussmöglichkeiten der EU und der Mitgliedstaaten erst vor Ort in den Drittländern koordiniert werden. Wir erwarten, das auswärtige Handeln der EU gegenüber Drittstaaten und internationalen Organisationen strikt an den EU-Interessen auszurichten. Ferner erwarten wir eine besser koordinierte strategische Aufklärung, Planung und operative Umsetzung.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken

Die NATO-Bündnisklausel und die EU-Beistandsklausel bilden die Grundlagen unserer Sicherheitspolitik. Sie sind unsere Lebensversicherung gegen jegliche militärische Aggression und Erpressungsversuche. Die Revitalisierung der transatlantischen Partnerschaft durch die USA muss durch verstärkte Verteidigungsanstrengungen Deutschlands und Europas honoriert werden. Hierzu muss der europäische Pfeiler innerhalb der NATO verstärkt werden. Ein starker europäischer Pfeiler liegt auch im Interesse Europas und Deutschlands, denn nur ein militärisch handlungsfähiges Europa kann bei Bedarf seine Interessen selbst schützen. Die EU muss ein attraktiver Partner für die USA werden, um auf sich verändernde US-Prioritäten vorbereitet zu sein. Dazu zählt auch die Möglichkeit unserer Partner, insbesondere der USA, Großbritannien aber auch der Ukraine, an europäischen Programmen zur gemeinsamen Beschaffung von Rüstungsgütern teilzunehmen und dadurch zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie beizutragen.

Wir verbessern unsere Sicherheit nur, wenn wir unsere Abschreckungs- und Abwehrfähigkeit erhöhen und unsere Partner stärken. Dazu gehört auch, dass die Bundeswehr so ausgestattet wird, dass sie ihre Aufgaben dauerhaft wahrnehmen kann. Es ist bedauerlich, dass in der Vergangenheit CDU-geführte Regierungen von Koalitionspartnern zurückgehalten wurden, die Vollausrüstung der Bundeswehr sicherzustellen.

Ein besonderes Defizit besteht in der fehlenden regulären Entscheidungsfindung der Außen-, Innen- und Justizminister zu Fragen der inneren und äußeren Sicherheit der EU, z.B. Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegale Migration, Cyber- und Hybridattacken. Daher fordern wir, die zivil-militärischen Fähigkeiten der EU auf höchster Ebene zu planen. Ein europäischer Sicherheitsrat sollte mittelfristig dem Europäischen Rat als Steuerungs- und Lenkungsinstrument für die Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Entwicklungs-, Innen- und Wirtschaftspolitik dienen. Ferner müssen der umfassende und integrierte Ansatz in der Planung und der Einsatzdurchführung sowie die enge Verzahnung mit EU-Programmen vor Ort (insbesondere in Zusammenarbeit mit den EU-Delegationen) endlich verwirklicht werden. Hierbei muss Deutschland gemeinsam mit Frankreich und Polen (Weimarer Dreieck) nicht nur im planerischen Bereich Führung übernehmen, sondern auch viel stärker bei der Durchführung eigenes Personal für zivile und militärische EU-Einsätze zur Verfügung stellen. Wir treten dafür ein, dass ein EU-Verteidigungshaushalt aufgestellt wird und dass mindestens 15 Prozent der nationalen Verteidigungsausgaben in gemeinsame Vorhaben und Verbände im Rahmen der EU investiert werden. Wir fordern einen Kommissar für die Verteidigungsunion, unter dessen Führung alle verteidigungsrelevanten Politikbereiche und Ausgaben gebündelt werden.

Wir fordern, eine Verteidigungsstrategie und gemeinsam zu entwickelnden Fähigkeiten in einem Weißbuch als interinstitutionelle Vereinbarung der EU festzulegen. Wir drängen darauf, die Idee einer Europäischen Armee und das Verhältnis zur NATO zu konkretisieren und

verbindlich zu vereinbaren, wie mit den Fragen nach Souveränität, Befehlsgewalt und politischer Kontrolle und Verfügbarkeit über Nuklearwaffen umzugehen ist. In Anbetracht der Lage im Osten Europas sowie den Konsequenzen einer möglichen Wahl Donald Trumps sollte in diesem Zusammenhang auch die Idee einer nuklearen Zusammenarbeit mit Frankreich und Großbritannien erörtert werden. Wir treten dafür ein, dass Frankreich bei seiner nuklearen Abschreckung eine strukturierte europäische Unterstützung erfährt.

Die Mitgliedstaaten, die NATO und die EU haben die elementare Aufgabe, für die Sicherheit unserer Bürger zu sorgen. Die Sicherheit der Bürger legt die Basis für Frieden in Europa, unsere Demokratie und unseren Wohlstand. Diese Sicherheit ist aber leider keine Selbstverständlichkeit mehr, sondern sogar direkt in Gefahr. Daher fordern wir, jetzt zügig und bestimmt zu handeln, um unsere Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeiten mittelfristig zu erzielen.